

sen und in seinen Schlussfolgerungen festgestellt, dass er „die Lage in Belarus regelmäßig überprüfen wird und bereit ist, gegebenenfalls weitere gezielte Maßnahmen in allen Bereichen der Zusammenarbeit in Betracht zu ziehen“.

Die Bundesregierung wie auch die EU verfolgen unverändert das Ziel, die Freilassung der Gefangenen, die Rehabilitierung der Verurteilten und das Ende der Repressionen zu erreichen. Die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen wird fortwährend im Lichte der Entwicklungen in Belarus evaluiert.

28. Abgeordnete
**Uta
Zapf**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung iranische Waffenlieferungen nach Afghanistan, z. B. laut Bericht in der Onlineausgabe des „Guardian“ vom 9. März 2011 („British special forces seize Iranian rockets in Afghanistan“), und welche Maßnahmen unternimmt sie zur Verhinderung solcher Lieferungen, z. B. im Rahmen von Unterstützungsmaßnahmen zur Grenzsicherung?

**Antwort des Staatsministers Dr. Werner Hoyer
vom 4. April 2011**

Der Bundesregierung liegen Berichte über Waffenlieferungen aus dem Iran nach Afghanistan vor. Eine Beteiligung der iranischen Regierung an diesen Waffenlieferungen ist nicht nachweisbar.

Die Bundesregierung ist sehr besorgt über jegliche Waffenlieferungen an regierungsfeindliche Kräfte in Afghanistan, die diese Waffen gegen die afghanische Zivilbevölkerung, die afghanische Regierung oder die internationalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte einsetzen und damit den friedlichen Wiederaufbau des Landes unterminieren. Dies betrifft natürlich auch Waffen aus dem Iran.

Die afghanisch-iranische Grenze verläuft entlang den Regionalkommandos West und Südwest und nicht durch den deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans. Die im Guardian-Artikel angesprochenen Waffen wurden in der südwestlichen Provinz Nimruz durch britische Spezialkräfte entdeckt.

Im Rahmen der allgemeinen Ausbildung der afghanischen Grenzpolizei unterstützt die Bundesregierung mittelbar auch die Ausbildung der an der afghanisch-iranischen Grenze eingesetzten Grenzpolizisten. Durch ihren Beitrag zum Polizeiaufbau verfolgt die Bundesregierung das Ziel, dass die afghanischen Sicherheitskräfte solche Lieferungen – wie in diesem Fall durch ISAF-Kräfte erfolgt – künftig selbstverantwortlich unterbinden können.